

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

### Besuch von Rechtsextremen in sozialen Einrichtungen

Die **Kleine Anfrage 1134** vom 20. Dezember 2010 hat folgenden Wortlaut:

Laut Informationen von neonazistischen Internetseiten besuchten Rechtsextremisten am 30. November 2010 ein Seniorenzentrum und am 6. Dezember 2010 ein Kinderheim in Jena, wo sie nach eigenen Angaben Geschenke abliefern, Gespräche führten und mit den Kindern spielten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Neonazis nahmen an den Aktionen jeweils teil und wie wurden diese politisch geführt?
2. Handelte es sich um bei den Einrichtungen angemeldete Aktionen bzw. wie kamen diese zustande?
3. War sich das anwesende Personal über den politischen Hintergrund der Besucher bewusst?
4. Hat es im Nachgang eine Aufarbeitung mit den jeweiligen Einrichtungsleitungen und Bewohnern und Bewohnerinnen des Seniorenzentrums bzw. mit den Kindern im Kinderheim gegeben?
5. Welche besonderen Maßnahmen trifft die Landesregierung zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Heimunterbringung gegen die politische Vereinnahmung durch Rechtsextreme?
6. Hat die Landesregierung Kenntnis von weiteren Aktivitäten von Neonazis an sozialen Einrichtungen (Tafeln, Heimen u.ä.) seit 1. Januar 2009 (bitte auflisten nach Ort, Datum, Teilnehmer, Art und Inhalt der Aktion)?
7. Wie bewertet die Landesregierung derartige Aktivitäten?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. Februar 2011 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

An dem von einer Jenaer Bürgerstiftung organisierten Besuch im Seniorenzentrum nahmen zwei Personen teil, die nach vorliegenden Erkenntnissen der örtlichen Neonaziszene angehören. Hinweise auf dortige rechtsextremistische Aktivitäten dieser Personen liegen nicht vor.

Der behauptete Besuch in einem Kinderheim in Jena fand nicht statt. Es handelte sich um eine vorgetäuschte Propagandaaktion.

Zu 2.:

Die Rechtsextremisten hatten sich dem öffentlichen Aufruf der Bürgerstiftung angeschlossen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 3.:

Nein; die Vorgehensweise ließ keinen rechtsextremistischen Hintergrund vermuten. Es wird ergänzend auf die Antworten zu Frage 1 und 7 verwiesen.

Zu 4.:

Die betroffenen sozialen Einrichtungen wurden über den Missbrauch von sozialem Engagement durch Rechtsextremisten für ihre eigenen politischen Interessen informiert und hinsichtlich erneuter Aktionen sensibilisiert. Im Übrigen liegt es in der Verantwortung der Träger der Einrichtungen, im Rahmen ihres Hausrechts auf solche Ereignisse zu reagieren.

Zu 5.:

Das Landesjugendamt wird den Sachverhalt in der Landesarbeitsgemeinschaft "Hilfen zur Erziehung" thematisieren, um Träger und Einrichtungsleiter/-innen entsprechend zu sensibilisieren. Des Weiteren greift das Landesjugendamt diese Thematik als Fortbildungsthema für Träger von Einrichtungen der Erziehungshilfe auf. Die Fachberater/-innen der Heimaufsicht des Landesjugendamtes werden ebenfalls im Rahmen von Prüfungen in den Einrichtungen und bei Trägerberatungen vor Ort auf diese Problematik hinweisen. Bereits jetzt sind Aktivitäten des rechtsextremistischen Spektrums in Einrichtungen der Erziehungshilfe in Thüringen durch deren Träger als besonderes Vorkommnis der Heimaufsicht des Landesjugendamtes zu melden.

Darüber hinaus informiert das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz regelmäßig über aktuelle landesweite und lokale extremistische Strukturen und Strategien und steht wie auch die Landesstelle Gewaltprävention im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit sozialen Einrichtungen zu Extremismusthemen beratend zur Verfügung.

Zu 6.:

Der Landesregierung sind Hinweise über einen Besuch von Aktivisten der "Freien Kräfte Mitte/Südthüringen" am 24. Dezember 2009 in drei Kinderheimen im Raum Arnstadt und über zwei Arbeitseinsätze von Angehörigen des "Freien Netzes Jena" bei der Jenaer Tafel im Dezember 2010 bekannt geworden. Weitere Erkenntnisse liegen nicht vor.

Zu 7.:

Derartige Aktivitäten zeigen das Bemühen des rechtsextremistischen Spektrums, bei unpolitischen Anlässen Vertrauen zu erwecken, um anschließend dieses zum Zwecke einer rechtsextremistischen Beeinflussung der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppe ausnutzen zu können. Daneben dient diese Strategie allgemein der Imagebildung solcher Gruppierungen in der Öffentlichkeit bei dem Versuch, auf diese Weise aus der gesellschaftlichen Isolation herauszutreten.

Geibert  
Minister